



Berufsorientierung – das Thema des Ausbildungsreports der DGB-Jugend im Jahr 2022. Ihr findet ihn auf <https://jugend.dgb.de/ausbildungsreport>

Plan fürs Berufsleben

Mehr Qualität und bessere Praxis: Der DGB fasst seine Positionen zur Berufsorientierung junger Menschen zusammen. Von Jeanette Schnell

Eine gute Grundlage

Die Wahl einer Ausbildung oder eines Studiums ist für junge Menschen ein bedeutsamer Schritt. Er leitet eine neue Lebensphase ein und legt den Grundstein für das spätere Berufsleben. Dass dieser Schritt vielen Jugendlichen nicht auf Anhieb gelingt und die schulische Berufsorientierung oft nicht ausreichend hilfreich ist, wird an vielen Stellen belegt. Allein im Ausbildungsreport der DGB-Jugend 2022 gaben gerade einmal ein Viertel der Befragten an, die schulische Berufsorientierung hätte ihnen geholfen. Fast die Hälfte sagte, sie sei gar nicht hilfreich gewesen.

Gute Praxisphasen einplanen

Aus Sicht des DGB ein Grund mehr, die Berufsorientierung auf den Prüfstand zu stellen und zu verbessern. Dabei sei betont, dass Berufsorientierung nicht die alleinige Lösung für die bestehenden Probleme auf dem Ausbildungsmarkt ist. Auch die beste Berufsorientierung erhöht die Zahl der Auszubildenden nicht, wenn die Bedingungen unattraktiv sind. Soll Berufsorientierung besser werden, braucht es auch genügend gute Praktikumsplätze. Sollen Praxisphasen eine positive Wirkung entfalten können, müssen sie von hoher Qualität sein.

Was zu tun ist

Folgende Maßnahmen können aus Sicht des DGB den Prozess der Berufsorientierung junger Menschen positiv unterstützen:

Die Vermittlung einer Berufswahlkompetenz ist zentral, damit sich junge Menschen in einer sich schnell verändernden Berufs- und Arbeitswelt zurechtfinden und bei Bedarf neu orientieren können. Im Mittelpunkt muss eine Beratung und Begleitung stehen, die eine selbstbestimmte und reflektierte Planung der eigenen Berufs- und Lebenswelt fördert.

Berufsorientierung muss als Querschnittsaufgabe in allen Schulformen systematisch im Curriculum und im Schulkonzept verankert sein. In der Sekundarstufe I sind mehrwöchige Praktika oder Praxisstage vorzuhalten. In der Sekundarstufe II sind weitere Praxiszeiten anzubieten. Für die Durchführung der Praktika müssen Qualitätsstandards gelten, damit sie einen Mehrwert für junge Menschen haben. Schulen brauchen hierfür mehr personelle Ressourcen.

Schulsozialarbeit, Jugendberufsagenturen und außerschulische Partner sind wichtige Akteure und Anlaufstellen, um Schüler*innen in ihrem Orientierungsprozess zu unterstützen. Auch die Berufsberatung der Bundesagentur für Arbeit nimmt hier eine wichtige Rolle ein.

Geschlechtersensibilität zu fördern und dafür Qualifizierungsmaßnahmen für alle in der Berufs- und Studienorientierung Tätigen vorzuhalten, ist ein weiteres Qualitätsmerkmal und kann dabei helfen, strukturelle Ungleichheiten am Arbeitsmarkt aufzubrechen und zu verringern. ▀



Jeanette Schnell ist DGB-Referatsleiterin für frühkindliche Bildung, Schulpolitik, Inklusion, Alphabetisierung und Grundbildung. Hier geht es zum DGB-Positionspapier: www.dgb.de/-/8HH

Ausgabe Mai 2024

inhalt

3 thema

Volker Roßocha – DGB-Bundesjugendsekretär der 1990er Jahre

4 projekte/ausbildung/kultur

Materialien zur Europawahl
Die DBJR-Umfrage zu rechten Parteien
Die Ruhrfestspiele starten

6 jav-ratgeber

Handyverbot in der Ausbildung

7 bezirke + gewerkschaften

Bayern: Fördermittel fürs Azubiwohnen

Vielseitig sein

Der DGB weiß, wie sich Familie, Beruf, Ehrenamt und Selbstsorge in Betrieben und Verwaltungen unter einen Deckel kriegen lässt. Zu lesen in der Broschüre »Das alles ist Vereinbarkeit«.



<https://t1p.de/z7l81>

Unsere Geschichte



Über historische Themen der Arbeiterbewegung berichtet das interessante Portal »Gewerkschaftsgeschichte« der Hans-Böckler-Stiftung.

www.gewerkschaftsgeschichte.de

Housing First!

Über ein erfolgversprechendes Konzept zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit berichtet die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).



<http://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/21016.pdf>

Jugendarmut verhindern

DBJR-Forderungen Die im Deutschen Bundesjugendring (DBJR) zusammengeschlossenen Jugendverbände und Jugendringe, zu denen auch die DGB-Jugend gehört, engagieren sich für eine solidarische und diskriminierungsfreie Gesellschaft. Oberste Priorität hat deshalb die Bekämpfung von Armut. Um die Lage armer junger Menschen zu verbessern und klassistische Benachteiligungen abzubauen, fordert der DBJR eine wirksame, armutsfeste Ausgestaltung der Kindergrundsicherung, die Verbesserung von Bildungs- und Arbeitsmarktchancen, die Aufnahme des sozialen Status als Diskriminierungsmerkmal ins Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und die Stärkung der Teilhabe armer Kinder und Jugendlicher durch eine dauerhafte auskömmliche Förderung der Jugendverbandsarbeit.

Weitere Infos: <https://t1p.de/djqcr>

Einwanderung und Ausbildung

Anerkennungsgesetz Das Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung ist in Kraft getreten. Es eröffnet Fachkräften und qualifizierten Arbeitskräften neue Einwanderungswege. In bestimmten Fällen sind Ein-



reise und Erwerbstätigkeit nun ohne die Anerkennung der ausländischen Berufsqualifikation möglich. Für die Arbeit in vielen Berufen bleibt die Anerkennung notwendig, kann aber unter bestimmten Voraussetzungen erst nach der Einreise erfolgen, etwa im Rahmen einer Anerkennungspartnerschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer*in.

Durch das neue Gesetz soll auch die Einwanderung von Auszubildenden vereinfacht werden. Um die Umsetzung der Neuerungen in der Praxis zu unterstützen, hat das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) im Papier »Einwanderung in die Ausbildung« konkrete Handlungsbedarfe herausgearbeitet. So sei zum Beispiel der Aufbau flächendeckender Informations- und Unterstützungsangebote wichtig.

Weitere Infos: www.bibb.de/de/1350.php,

www.anerkennung-in-deutschland.de

Frauen arbeiten unbezahlt mehr

Geschlechtergerechtigkeit Frauen leisten nach neuen Zahlen des Statistischen Bundesamts deutlich mehr unbezahlte Arbeit als Männer. Im Schnitt verbringen Frauen demnach rund 44 Prozent mehr Zeit mit sogenannter Sorgearbeit als Männer. Damit leisten Frauen am Tag durchschnittlich eine Stunde und 17 Minuten mehr an Arbeit ohne Bezahlung – dazu zählen Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen und soziales Engagement. Insgesamt verbringen Frauen demnach im Schnitt fast 45,5 Stunden pro Woche mit Arbeit. Die besonderen Herausforderungen für Frauen sind Kernthema des DGB-Projekts »Was verdient die Frau«.



www.destatis.de, www.was-verdient-die-frau.de

Ausbildungskooperation

School4Work Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) startet ein internationales Projekt, um den Übergang in den betrieblichen Teil der Berufsausbildung in Norwegen zu erforschen. »School4Work« ist ein interdisziplinäres Vorhaben, das sich auf die Bereiche Berufspädagogik, Soziologie und Politikwissenschaft stützt und verschiedene methodische Ansätze kombiniert. Neben der Rolle der Berufsschulen und Lehrpersonen werden die betrieblichen Entscheidungsprozesse bei der Einstellung von Auszubildenden und der Beitrag von Ausbildungsagenturen betrachtet.



Im Mittelpunkt steht die Frage, wie Berufsschullehrer*innen die Suche nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz unterstützen können. Der Übergang in den betrieblichen Teil der Berufsausbildung ist eine der größten Herausforderungen im norwegischen Bildungssystem. Jedes Jahr bleiben viele Jugendliche und junge Erwachsene in Norwegen ohne betrieblichen Ausbildungsplatz.

Weitere Infos: www.bibb.de

Hass im Internet

Diskriminierung Mehr als die Hälfte der Internetnutzer*innen bekennt sich aus Angst vor Hass im Netz seltener zur eigenen politischen Meinung und beteiligt sich weniger an Diskussionen. Das zeigt die repräsentative Studie »Lauter Hass – leiser Rückzug«. Demnach erleben besonders junge Frauen regelmäßig sexualisierte Übergriffe in den sozialen Netzwerken. Die Folge: Sie ziehen sich aus demokratischen Diskursen zurück. 57 Prozent der Befragten bekennen sich aus Angst im Netz seltener zur eigenen politischen Meinung, 82 Prozent der Befragten fürchten, dass Hass im Netz die Vielfalt im Internet gefährdet. Und 86 Prozent der Befragten finden, dass Social-Media-Plattformen mehr Verantwortung übernehmen müssen. Befragt wurden mehr als 3.000 Internetnutzer*innen ab 16 Jahren in Deutschland.



Die Studie im Netz: <https://kompetenznetzwerk-hass-im-netz.de>

Wir sind ehrenamtlich aktiv

Engagement Bundesweit engagiert sich fast die Hälfte aller 16- bis 25-jährigen mindestens einmal pro Woche freiwillig für das Allgemeinwohl. Das ergab eine Online-Befragung der Ruhr-Universität Bochum, die neue Formen des freiwilligen Engagements junger Menschen untersucht hat. Insgesamt berichten über zwei Drittel der Befragten, sich in der Vergangenheit bereits ehrenamtlich engagiert zu haben. Knapp zwei Drittel der Engagierten sind in Vereinen oder sonstigen formalen Institutionen tätig. Insgesamt sei das Gefühl, einer sinnvollen Tätigkeit nachzugehen, die Hauptmotivation.



Die Studie im Netz: <https://t1p.de/8y1ns>

MINT ist Kopfsache

Jugend forscht Mehr als 10.000 junge Menschen haben sich beim diesjährigen und mittlerweile 59. »Jugend forscht«-Wettbewerb angemeldet. Motto: »Mach dir einen Kopf.« 5.753 Forschungsprojekte wurden für 2024 angemeldet. Also: Naturwissenschaftliche Fächer kicken! Tschö, PISA-Studie! Zumindest bei MINT.



Das bundesweite Finale, der Höhepunkt der Wettbewerbsrunde, findet Ende Mai 2024 statt. Der DGB hat einen Sitz im Kuratorium des »Jugend forscht«-Trägervereins.

www.jugend-forscht.de

Impressum

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: Kristof Becker

Herausgeber: DGB Bundesvorstand, Abteilung Jugend und Jugendpolitik, Keithstraße 1, 10787 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 - 172, Fax: - 226

Redaktion: Jürgen Kiontke, E-Mail: juegen.kiontke@dgb.de

Internet: jugend.dgb.de
Grafik: Heiko von Schrenk

Aboverwaltung: Daniela Linke,
E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

Gefördert vom:



April 2024

Die Interessen selbst bestimmen

Regina Görner über die Arbeit Volker Roßochas als DGB-Bundesjugendsekretär der 1990er Jahre.

Regina, du warst mit Volker gleich nach der Wende in führenden Positionen beim DGB. Welche Aufgaben hattet ihr zu bewältigen?

Eine Gewerkschaftsjugend, wie wir sie kannten, gab es in Ostdeutschland ja nicht, keine Strukturen, keine Räume. Es hatte nur einen einzigen Jugendverband gegeben, die FDJ. Es gab einzelne junge Leute, die schon im DDR-Gewerkschaftsbund FDGB versucht hatten, so etwas wie Jugendarbeit zu etablieren. Die haben wir natürlich miteinbezogen.

Was hat Volker Roßocha als DGB-Bundesjugendsekretär unternommen, um die Jugendarbeit des DGB in den Osten zu bringen?

Jugend-Cafés eröffnet. Er hat einen alten Bus der Berliner Verkehrsbetriebe gekauft und ging auf Tour im Osten. Wir haben gesagt: »Nicht wir, sondern ihr seid die Gewerkschaftsjugend.« Für ehemalige DDR-Verhältnisse war es ungewöhnlich, dass die Jugendlichen selbst bestimmen konnten, was sie wollten. Wir stellen den Apparat zur Verfügung, ihr organisiert euch selbst! Es gelang uns, tolle Leute zu finden. Wir haben damals im DGB-Bundesvorstand eine Million Mark für den Aufbau der Jugendarbeit in den neuen Ländern bereitgestellt. Nebenher fand das internationale Jugendtreffen in Jamaica statt. Wir organisierten Klappbetten und Zelte, die wir aus ehemaligen NVA-Beständen erwarben. Eine herausfordernde Zeit!

Wie schaute man in der Gewerkschaftsjugend auf die Wiedervereinigung Deutschlands?

Volker hat mir mal erzählt, in den allerersten Tagen, als die Mauer aufging, sei es kontrovers

im Bundesjugendausschuss zugegangen. Bei einer Sitzung, die auch noch in Berlin stattfand, hatte es heftige Auseinandersetzungen darüber gegeben, ob man den Mauerfall überhaupt begrüßen sollte.

Aber recht schnell gingen wir nach Ostdeutschland und packten an. In den öffentlichen Verwaltungen wusste man zum Beispiel nicht, wie man Verträge für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen abschließt. Kurzerhand schickte ich einen der DGB-Sekretäre meiner Abteilung Öffentlicher Dienst nach Erfurt, der die Personalabteilung der Stadt qualifizierte.

Eine sehr direkte Unterstützung. DGB und Gewerkschaften haben sehr viel dazu beigetragen, dass die Menschen in den neuen Bundesländern nicht allein gelassen wurden und der Prozess friedlich verlaufen ist. Vieles ist der Öffentlichkeit gar nicht bekannt geworden.

Volker Roßocha war bei IDA e. V. bis zuletzt federführend. Wie habt ihr damals über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit diskutiert? Für IDA entscheidend war, dass andere Jugendverbände gesehen hatten, dass sie ein Problem mit Diskriminierung hatten. Die Gründung von IDA war der Versuch, mit Verbänden im Deutschen Bundesjugendring ein übergreifendes Zentrum aufzulegen. Ich war viele Male in Ministerien, damit Unterstützung bereitgestellt wurde. Das hat gut funktioniert.

Heute reden wir immer noch über dieselben Themen.

Richtig. Aber ich möchte mir nicht vorstellen, wie es wäre, wenn es die gewerkschaftliche Antirassismuserbeit nicht gäbe. Wir können nicht sagen, dass Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nicht für Rechtsextremismus empfänglich wären. Das hat sich aber nie massiv ausgezehnt. Und heute? Wer sich von der AfD



Regina Görner, 74, war von 1990 bis 1999 Mitglied des DGB-Bundesvorstands, dort für den Bereich Jugend verantwortlich und somit Roßochas Vorgesetzte. Nach Stationen als Ministerin in der saarländischen Landesregierung und im Geschäftsführenden IG Metall-Vorstand ist sie heute Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen, BAGSO

Foto: BAGSO

distanziert, ist nicht isoliert, er findet sich mit 100.000 anderen zusammen. Das macht Mut, das ist sehr wichtig.

Würdest du sagen, dass die Jugendarbeit des DGB in den 1990er Jahren erfolgreich war?

Das war eine Zeit des Umbruchs. Ein wichtiger Prozess war, dass junge Leute aus anderen Arbeitsformen Zielgruppe der gewerkschaftlichen Jugendarbeit wurden. Angestellte und Menschen in Dienstleistungsberufen statt nur aus der Industrie. Volker hat diese Auseinandersetzung moderiert, sie erforderte auch eine Neudefinition der Jugendarbeit. Die Interessen junger Leute wurden nicht mehr von großen gewerkschaftlichen Apparaten bestimmt, das machten sie nun selbst. Heute würde niemand mehr was von oben diktieren, das ist völlig out.

Dass hier ein Konsens gefunden wurde, daran hatte auch das Jugendbildungszentrum in Oberursel entscheidenden Anteil. Volker war mein engster Mitarbeiter in dem Bereich, und viele Leute haben uns unterstützt. Man muss sich vorstellen: Auf dem DGB-Bundeskongress, bei dem ich in den DGB-Bundesvorstand gewählt wurde, wurde gleichzeitig über das Ende der DGB-Jugendarbeit diskutiert! In den großen Gewerkschaften war man der Meinung, man könne Jugendarbeit selbst besser machen. Das war, was uns eigentlich am meisten bedrückt hat in den 1990er Jahren. Dass wir um jede Kleinigkeit kämpfen mussten; kämpfen, dass Oberursel nicht geschlossen wurde usw.

Aus den kleinen Gewerkschaften kam aber Druck, die haben gesagt, wir brauchen die DGB-Jugend. An ihrem Erhalt hat Volker ganz erheblichen Anteil gehabt. Und heute? Steht sie da wie eh und je! ▀

Volker Roßocha und die DGB-Jugend

Der kürzlich verstorbene Volker Roßocha war von 1989 bis 1997 DGB-Bundesjugendsekretär. In die Amtszeit des gelernten Spezialbaufacharbeiters (mit anschließendem Studium der Bautechnik) fielen die großen Veränderungen im Anschluss an den Mauerfall. Die Integration junger Ostdeutscher in die Gewerkschaftslandschaft war eine große Herausforderung für die DGB-Jugend.

1990, zur Hochzeit rassistischer Übergriffe in Deutschland, war er an ent-



scheidender Stelle im »Gelbe Hand«-Verein und bei der Gründung des Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V., kurz IDA, aktiv – ein Dienstleistungszentrum der Jugendverbände u. a. auf den Themenfeldern Antisemitismus-, Rassismus- und Diskriminierungskritik.

Die DGB-Jugend ist dankbar für Volklers Einsatz in schwierigen Zeiten. Wir sind in Gedanken bei den Angehörigen. ▀

Europa – jung und solidarisch

Unsere Interessen vertreten: Mit ihrer Wahlsynopse mischt sich die DGB-Jugend in die Europawahl ein.

Jugendthemen

Wie stellen sich die Parteien bei der Europawahl zu den Themen der Jugend auf? Gute Ausbildung und Arbeit stehen für die DGB-Jugend an oberster Stelle, wenn es um junge Beschäftigte geht. Sie hat dafür die Parteiprogramme nach ihren eigenen wichtigsten Arbeitsfeldern durchforstet, die Ergebnisse in ihrer Wahlsynopse zusammengestellt und analysiert, wer welche Standpunkte vertritt. Die oberste Direktive: Die EU muss für gute Rahmenbedingungen sorgen und konsequent gegen Lohn-dumping vorgehen. Tarifbindung muss die Regel und darf nicht die Ausnahme sein. Dazu gehört auch, dass der Mindestlohn europaweit umgesetzt wird – und passende Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten geschaffen werden, um die Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der EU zu bekämpfen und die Jugendgarantie auf gute Ausbildung kon-

sequent durchzusetzen. Daneben stehen die Punkte Steuern, Digitalisierung, Asylpolitik, Klimawandel und soziale Gerechtigkeit auf der Agenda der DGB-Jugend.

Junge Wähler*innen

Und die Wählerschaft ist dieses Mal besonders jung: Erstmals dürfen auch 16- und 17-Jährige ihre Stimme zur Wahl des Europaparlaments abgeben, die Zahl der Erstwähler*innen liegt deshalb bei 5,1 Millionen; beim letzten Wahlgang 2019 waren es nur 3,9 Mio. Insgesamt sind in Deutschland nach Angaben des Statistischen Bundesamts rund 64,9 Mio. Menschen wahl-

berechtigt. Die Gesamtzahl der Abgeordneten im Europäischen Parlament erhöht sich laut Bundeswahlleitung von aktuell 705 auf 720 in der nächsten Wahlperiode. Mit 96 Abgeordneten bleibt die Zahl der Abgeordneten aus Deutschland allerdings gleich.

Demokratie stärken

Klar ist: Europa muss seine moralischen Werte verteidigen und Probleme konstruktiv bekämpfen. »Für gute Ausbildung und Arbeit, europäische Mindestlöhne, soziale Sicherung, eine gerechte Verteilung von Wohlstand sowie eine menschliche Migrations- und Asylpolitik gibt es nur eine Lösung: ein solidarisches Europa!«, heißt es im Vorwort der DGB-Jugend-Synopse. Mit den Wahlen könne verhindert werden, dass Rechtspopulist*innen »ihre rassistischen, sexistischen, homophoben und trans*feindlichen Positionen ins Europäische Parlament tragen«.

Frieden in Europa

Mit ihrer Positionierung zur Europawahl will sich die DGB-Jugend stark machen für bessere Bildungs-, Arbeits- und Lebensbedingungen in ganz Europa – für mehr gemeinsame Verantwortung für Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, egal ob innerhalb oder außerhalb Europas. »Wir nehmen Europa als Friedensprojekt ernst, wollen weiter zusammenwachsen und uns nicht spalten lassen.«



Tarfnachrichten für Auszubildende und junge Beschäftigte



Nach langen und intensiven Verhandlungen einigten sich die Tarifkommission der IG BAU und der Arbeitgeberverband AGE – Agrar, Genossenschaften, Ernährung auf:

- eine Steigerung der Einkommen um vier Prozent,
- eine Auszahlung einer steuerfreien Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 800 Euro (Teilzeitbeschäftigte anteilig),
- eine weitere Steigerung der Einkommen um 2,5 Prozent ab Oktober 2024,
- einen Anstieg der Grundvergütung für Auszubildende und Praktikant*innen um 100 Euro.

Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von zehn Monaten, beginnt am 1. März 2024 und endet am 31. Dezember 2024. Die Tarifpartner vereinbarten außerdem, die Lohn- und Gehaltstarifverträge ab 1. Januar 2025 zu einem neuen Entgelttarifvertrag zusammenzuführen. Dazu wurde eine gemeinsame Kommission gebildet, die die weiteren Arbeiten durchführen soll. Die Grundvergütung für die Auszubildenden erhöht sich im ersten Ausbildungsjahr um 11,4 Prozent, im zweiten Ausbildungsjahr um 10,4 Pro-

zent und im dritten Ausbildungsjahr um 9,5 Prozent.

<https://igbau.de/Forst-und-Agrarwirtschaft.html>

Und gleich noch mal News vom Bau: In Berlin gibt es 48 Steinmetzbetriebe. Wer eine Ausbildung im Steinmetzhandwerk macht und in einem Betrieb arbeitet, der fair nach Tarif bezahlt, bekommt mehr

junge Geld: Im ersten Ausbildungsjahr gibt es 890 Euro pro Monat. 990 Euro sind es im zweiten und 1.140 Euro im dritten Ausbildungsjahr. »Steinmetze machen ein kreatives Handwerk mit breiter Produktpalette: von der Fassadenfigur bis zum Natursteinbrunnen, vom Grabstein bis zur Fensterbank. Man lernt mit Hammer und Meißel Kunstwerke aus Steinen herauszuholen. Aber auch Maschinen machen Steinmetzen das Leben leichter: beim Spalten, Schneiden, Schleifen oder Polieren«, sagt Thomas Hentschel, der Berliner Bezirksvorsitzende der IG BAU. Vieles laufe rund um die Arbeit mit Marmor, Granit, Sandstein oder Schiefer auch per Computer. Hentschel: »Das Handwerk ar-

beitet längst im digitalen Steinzeit-Modus.« Darüber hinaus verhandelt derzeit Berlins gesamtes Baugewerbe über neue Tarife – das ist auch dringend nötig, treiben sich doch auf den Baustellen die Geldentwertungsmäuse um: »Die Inflation hat Löcher in die Bau-Lohntüten gefressen«, sagt Hentschel.

<https://berlin.igbau.de>



In der Tarifrunde für die Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie hat die IG Metall nun in neun Tarifgebieten ein Ergebnis erzielt. Ab Herbst 2024 steigen die Löhne und Gehälter um fünf Prozent, nächstes Jahr im Sommer um weitere drei Prozent. Dazu kommen Inflationsausgleichsprämien von bis zu 2.300 Euro netto im Jahr 2024.

Auch die Ausbildungsvergütungen erhöhen sich jeweils zum Ausbildungsbeginn – je nach Tarifgebiet im August oder September.

Die Tarifverträge haben eine Laufzeit von 23 Monaten und können erstmals zum 31. Oktober 2025 gekündigt werden.

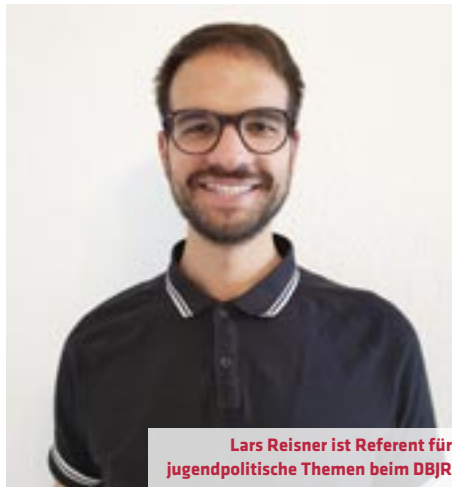
www.igmetall.de/tarif/tarifrunden

Über Demokratie diskutieren

Ein Aufruf: Beteiligt euch bei der Umfrage des Deutschen Bundesjugendrings zu Bedrohungen von Jugendverbänden und -ringen durch extrem Rechte. Von Lars Reisner

Im Deutschen Bundesjugendring (DBJR) sind neben der DGB-Jugend 27 weitere Jugendverbände, 17 Landesjugendringe und sechs Anschlussverbände organisiert. Unsere Mitgliedsorganisationen stehen für ein breites Spektrum jugendlichen Engagements. Nun haben wir eine Umfrage gestartet, um die Einschätzungen und Erfahrungen von Jugendverbänden und -ringen im Umgang mit rechtsextremen Parteien zu erfassen. Die Befragung zielt darauf ab, ein umfassendes Bild über Befürchtungen und Bedrohungen auf Bundes- und kommunaler Ebene zu gewinnen, insbesondere im Hinblick auf einen möglichen Machtgewinn extrem rechter Parteien.

Aufgerufen sind Verantwortliche auf allen Organisationsebenen und Gliederungen der DGB-Jugend, die innerhalb des Verbandes für den Umgang mit rechten oder extrem rechten



Lars Reisner ist Referent für jugendpolitische Themen beim DBJR

Akteur*innen verantwortlich sind oder sich im konkreten Fall zuständig fühlen.

Die Umfrage hat das Ziel, den Austausch zwischen den Jugendverbänden zu stärken, Diskussionen mit praxisbezogenen Erfahrungswerten anzureichern und Unterstützungsmöglichkeiten zu identifizieren. Die Einschätzungen und Erfahrungen aus den Strukturen sind ent-

scheidend, um einen fundierten Einblick in die Herausforderungen im Umgang mit extrem rechten Parteien zu erhalten. So kann ein Beitrag entstehen, um angemessen zu reagieren und Jugendverbände zu unterstützen.

Wir bitten auch um eine aktive Weiterleitung insbesondere an Verantwortliche auf kommunaler Ebene. Derzeit ist eine gemeinsame Auswertung der Rückmeldungen und Ergebnisse in Form einer digitalen Veranstaltung geplant, zu der der DBJR schon jetzt herzlich einlädt. Sie ist Teil einer Veranstaltungsreihe »Jugendverbände und Demokratie – Eine Frage der Haltung und der Notwendigkeit«, wo wir verschiedene Facetten des Themas Demokratie und Jugendverbände ausleuchten und diskutieren wollen. Den Auftakt der Reihe bildeten Fachinput und Diskussion um ein mögliches AfD-Verbotsverfahren Anfang April. Als Bundesjugendring bedanken wir uns bereits jetzt für die wertvollen Beiträge. ▀

Die Teilnahme an der Umfrage ist bis zum 15. Mai 2024 hier möglich: <https://de.surveymonkey.com/r/Jugendverband>

Pulsierendes Festival

Am 1. Mai beginnen die gewerkschaftlichen Ruhrfestspiele.

Sage und schreibe 24 Akrobat*innen – das gesamte Ensemble der australischen Kompanie Gravity & Other Myths – verbinden sich in präzisen Choreografien mit den Stimmen des Frauenkonzertchors der Chorakademie Dortmund: Zum ersten Mal werden die Ruhrfestspiele mit einer Zirkusarbeit eröffnet. »The Pulse« heißt das Stück: »Vor unseren Augen entstehen in diesem einzigartigen Zusammenspiel nicht weniger als der Kreislauf des Lebens, der Rhythmus der Natur, der Pulsschlag des Herzens«, heißt es im Programm.

Na, dann kann es ja losgehen! Die vielfach ausgezeichnete Schriftstellerin und Übersetzerin Esther Kinsky wird die Festspiele, die vom 1. Mai bis zum 9. Juni 2024 gehen, mit einer Rede eröffnen. Das Thema in diesem Jahr: Vergnügen und Verlust.

Für das Team der Ruhrfestspiele um Intendant Olaf Köck ist Kunst als Bildung und Selbstbildung eine maßgebliche Ausdrucksform des menschlichen Seins. Kunst bewegt zum Handeln und Sprechen, sorgt für Empowerment und Partizipation. Daher müssen alle Menschen, insbesondere Kinder und Jugendliche, das Recht und die Möglichkeit haben, Zugang zu Kunst und Kultur zu finden. Müssen Orte der Kunst

und der Bildung sich verpflichten, Angebote zu schaffen, Teilhabe zu ermöglichen – unabhängig von Herkunft und finanziellen Mitteln. Und dafür Sorge tragen, dass die Angebote genutzt werden und die Option besteht, das Erlebte als sinnstiftend für das eigene Leben zu verstehen.

Das gilt erst recht für das Jugendprogramm »Junge Ruhrfestspiele«. Sie bilden den spannenden Rahmen für das Theater vor wie auf der Bühne. Auf dem Programm stehen das inklusive Ensemble des Kawumm-Projekts ebenso wie das Kabarett »Storno – Die Inventur« und die Band Yagody, vier Studentinnen aus dem ukrainischen Lwiw. Die Gruppe Urbanatix tanzt,



Rhythmus, Kreislauf, Natur: Die Ruhrfestspiele starten mit einer spektakulären Zirkus-Show

die A Capella-Band Slixs singt. DGB-Gewerkschaften und die Ruhrfestspiele starten gemeinsam beim Kulturvolksfest auf dem Hügel mit Kunst und Politik ins Festival. ▀

Die gewerkschaftlichen Ruhrfestspiele

Die Ruhrfestspiele sind eines der ältesten, größten und renommiertesten Theaterfestivals Europas. Als im kalten Nachkriegswinter 1946/47 die Hamburger Theater von der Schließung bedroht waren, weil ihnen die Heizmittel fehlten, leisteten die Bergleute in Recklinghausen Amtshilfe: Die Kumpel luden die LKWs mit Kohle voll und sorgten so für warme Theater im Norden.



1947 revanchierten sich die Theaterleute bei den Bergleuten. Gespielt wurden Stücke von Tschechow, Tolstoi, von Horváth und Donizetti sowie »Figaros Hochzeit« von Mozart.

Der DGB und die Stadt Recklinghausen gründeten dann zu gleichen Teilen die »Gesellschaft zur Durchführung der Ruhr-Festspiele mbH«. Seitdem schauen die Festspiele von Recklinghausen aus auf das kulturelle und politische Weltgeschehen. ▀

Karten und Infos: www.ruhrfestspiele.de

Kein grenzenloses Weisungsrecht

Der Ausbilder ordnet ein Handyverbot in der Pause an? Und sonst so? Was die JAV gegen ungerechtfertigte Maßnahmen tun kann.

JAV, bitte helfen!

Die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) ist Ansprechpartnerin für die Jugendlichen und Auszubildenden – kurz: die jungen Beschäftigten im Betrieb. Da kann es passieren, dass die JAVis eine Vielzahl von Hinweisen und Beschwerden erhalten, mit der Bitte, Abhilfe zu schaffen. Missstände registrieren und Hinweisen nachgehen gehört zu ihren Pflichten (vgl. § 70 Abs. 1 Nr. 3 Betriebsverfassungsgesetz, BetrVG). In vielen Fällen haben die Anfragen mit Anordnungen oder Maßnahmen der Ausbilder*innen oder des Betriebs zu tun, die als ungerecht empfunden werden.

Fälle aus der Praxis

■ Karl berichtet, dass der Leiter der Ausbildungswerkstatt allen Auszubildenden untersagt hat, den Betrieb während der Pausen zu verlassen. Er hat auch angeordnet, dass Smartphones in den Pausen nicht genutzt werden dürfen. Die sollen im Spind aufbewahrt werden. Die Auszubildenden wollen von der JAV wissen: Ist das überhaupt rechtens?

■ Celine absolviert einen Ausbildungsabschnitt im Großraumbüro. Sie mailt der JAV, dass die Abteilungsleiterin ein Essensverbot am Arbeitsplatz ausgesprochen hat. Es gibt schließlich die Küche. Bisher durfte man auch Radio hören – das hat sie gleich mit untersagt. Ist das korrekt?

■ Mehmet bringt seine Abmahnung mit in die JAV-Sprechstunde. Die Personalchefin hat ihn schriftlich angewiesen, eine AU-Bescheinigung bereits am Beginn der Arbeitsunfähigkeit vorzulegen. Als er letzte Woche wiederholt krank war, hat er daran nicht gedacht. Zack – Abmahnung. Mehmet will wissen: Kann man was dagegen unternehmen? Muss die Bescheinigung nicht erst am dritten Kalendertag da sein?

Bei allen drei Beispielen stellt sich die Frage, ob derlei Anordnungen berechtigt sind. Den Vorgesetzten steht ja ein Weisungsrecht zu. Sofern sie nichts Sittenwidriges anordnen, müssen die Auszubildenden Folge leisten.

Allerdings könnte diese »unternehmerische Freiheit« infolge des Mitbestimmungsrechts des Betriebsrats eingeschränkt sein. Heißt: Arbeitgeber können anweisen, was sie wollen – allerdings benötigen sie in jedem Einzelfall die Zustimmung des Betriebsrats.

Ausnahme: Betriebsrat und Arbeitgeber können in einer Betriebsvereinbarung festlegen, dass der Arbeitgeber zu bestimmten Anweisungen berechtigt ist.

Das Recht

Als Rechtsgrundlage der genannten Fälle kommt der § 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG in Betracht. Der besagt, dass jedem Betriebsrat in »Fragen der Ordnung des Betriebs und des Verhaltens der Arbeitnehmer« das Mitbestimmungsrecht zusteht. Nach Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts steht der erste Tatbestand »Ordnung« für die Schaffung allgemeingültiger verbindlicher Verhaltensregeln. Mit »Verhalten der Arbeitnehmer« sind Vorgaben gemeint, die die vorgegebene Ordnung des Betriebs sicherstellen und aufrechterhalten sollen.

Vorsicht: Nur wenn das Verhalten der Arbeitnehmer*innen mittelbar oder direkt vereinheitlicht werden soll, ist der Betriebsrat im Spiel. Nicht mitbestimmungspflichtig sind alle Anweisungen, die lediglich das Arbeitsverhalten betreffen – z. B. die Vorgabe, wie mit welchen Arbeitsmitteln die Aufgaben im Betrieb zu erledigen sind.

Einfach mal nachschlagen!

Über die oft nicht leichte Abgrenzung entscheiden grundsätzlich die Arbeitsgerichte. Gewerkschaftliche Internet-Angebote und BetrVG-Kommentare enthalten Register einschlägiger Entscheidungen. Wer recherchiert, wird schnell feststellen, dass die obigen Fälle von der Rechtsprechung weitestgehend geklärt sind. Klar mitbestimmungspflichtig sind:

- das Nutzungsverbot für Smartphones während der Pausen,
- die Aufbewahrungspflicht für private Smartphones im Spind,
- das Verbot, den Betrieb in Pausen zu verlassen, außer wenn es aufgrund der Betriebsabläufe nicht anders geht,
- das Essensverbot am Arbeitsplatz,
- ein generelles Radioverbot.

Abmahnung? Keine Mitbestimmung!

Anders als Kündigungen sind Abmahnungen mitbestimmungsfrei, der Arbeitgeber muss darüber nicht einmal informieren. Und auch die Anweisung hinsichtlich der AU-Bescheinigung ist rechtlich korrekt. Dauert die Arbeitsunfähigkeit länger als drei Kalendertage, muss die AU-Bescheinigung spätestens am darauffolgenden Tag dem Arbeitgeber vorliegen (§ 5 Entgeltfortzahlungsgesetz). Der Arbeitgeber ist



Der JAV-Ratgeber.
Mit Rechtsanwalt
Wolf-Dieter
Rudolph
jugend.dgb.de/jav

aber laut Gesetz berechtigt, die Vorlage auch früher zu verlangen.

Anders wäre das, wenn die gesamte Belegschaft oder ein großer Teil entsprechend angewiesen worden wäre. Diese Anweisung ohne vorherige Zustimmung des Betriebsrats hätte zur Folge, dass Arbeitnehmer*innen, die sich nicht daran halten, keine Konsequenzen wie eine Abmahnung zu befürchten haben. Ansonsten würde die Macht des Betriebsrats ausgehebelt werden können.

Wie soll die JAV vorgehen?

1. In der nächsten Sitzung die Angelegenheit besprechen und den Betriebsrat einschalten.
2. Den Betriebsrat umgehend über den Fall informieren und bitten, in seiner nächsten Sitzung über die Angelegenheit zu entscheiden.
3. In der Betriebsratssitzung Position beziehen, die eigene Einschätzung vortragen und die Unterstützung des/der Betroffenen einfordern.

Nicht vergessen: die Mediendemokratie! Das heißt: Info rauschicken über Vorgehen und Aktivitäten der JAV erst an die Hilfesuchenden, dann an alle Auszubildenden.

Was kann der Betriebsrat tun?

Wird die Mitbestimmung nicht beachtet, führt der Betriebsrat ein klärendes Gespräch mit dem Arbeitgeber, damit dieser seine Anordnung sofort zurücknimmt und, sofern er daran festhalten will, in Verhandlungen über das weitere Procedere eintritt.

Die Kolleg*innen im Gremium können aber auch sofort die Arbeitsgerichtsbarkeit einschalten. Mit einem Eilverfahren kann nicht nur der mitbestimmungswidrige Zustand beseitigt, sondern gegen weitere Verstöße präventiv vorgegangen werden. Auch ein Verfahren wegen grober Pflichtverletzung ist möglich. Und es kann teuer werden: Wenn der Betriebsrat von seinem Initiativrecht Gebrauch macht, wird die Einigungsstelle seine Vorstellungen z. B. zum Radiohören zugunsten der Arbeitnehmer*innen durchsetzen – für den Arbeitgeber eine kostspielige Angelegenheit!

Vorsicht: Anders ist es bei der Anweisung zur Vorlage der AU-Bescheinigung und der Abmahnung: Hier können JAV und Betriebsrat den Arbeitgeber lediglich im Rahmen des Monatsgesprächs bitten, seine Entscheidung zu überdenken. ▀

Arbeitsrecht: Linktipps

Infos zu aktuellen Urteilen findet ihr hier:

www.bundesarbeitsgericht.de

www.dgbrechtsschutz.de

www.igmetall.de/im-betrieb/arbeits--und-sozialrecht

www.verdi.de/themen/mitbestimmung/betriebsrat/

Ein wichtiger Meilenstein

DGB-Jugend Bayern: Bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende ist endlich flächendeckend möglich.

Neue Richtlinie

Die DGB-Jugend Bayern begrüßt das Inkrafttreten der »Richtlinie für die Förderung von Wohnraum für Auszubildende« des Bayerischen Staatsministeriums für Bauen, Wohnen und Verkehr in diesem Frühjahr. Der Freistaat Bayern fördert künftig Wohnheime und Wohnheimplätze für Auszubildende, die auf dem angespannten Wohnungsmarkt in der Regel keine Chance haben, eine eigene Mietwohnung finanzieren und beziehen zu können. Vorausgegangen war dem eine Initiative der bayerischen Gewerkschaftsjugend, nicht nur Studierenden, sondern auch für Auszubildende Fördermittel bereitzustellen.

Fördermittel einsetzen

Wie das zuständige Ministerium mitteilt, sind zunächst Gelder im Umfang von 116 Mio. Euro vorgesehen, die sich aus dem Wohnbauprojekt des Bundes »Junges Wohnen« (78 Mio. Euro) sowie Landesmitteln (38 Mio. Euro) zusammensetzen. Das neue Förderangebot ermöglicht ein »leistungsfreies« Baudarlehen von 45.000 Euro je Wohnplatz bei einer 25-jährigen Belegungsbindung. Das heißt: Wenn das Darlehen dem Zweck entsprechend genutzt wird, muss es nicht zurückgezahlt werden. Die Miete je Wohnplatz beträgt grundsätzlich 260 Euro plus Möblierungszuschlag. In Gebieten mit erhöhtem Wohnungsbedarf wie etwa Großstäd-

ten kann sie 280 Euro je Wohnplatz plus Möblierungszuschlag betragen.

Aktive Gewerkschaftsjugend

»Die Richtlinie für das Azubiwohnen ist ein echter und wichtiger Meilenstein in der Wohnraumförderung in Bayern und wäre ohne den vielfältigen Einsatz der Gewerkschaftsjugend nicht möglich gewesen«, sagt DGB-Bezirksjugendsekretärin Anna Gmeiner. »Wir wollen bezahlbaren Wohnraum nicht nur in Sonntagsreden, sondern ganz konkret in den Mietverträgen sehen. Und gerade die Deckelung der Miete bei unter 300 Euro ist für Auszubildende, die im Schnitt weniger als 1.000 Euro brutto pro Monat zur Verfügung haben, essenziell.«

Nun liegt es vor allem an den Kommunen und anderen gemeinwohlorientierten Verbän-

den und Organisationen, die als Zuwendungsempfänger infrage kommen, die Fördermittel des Freistaats in den bayerischen Städten, aber auch in der Fläche durch konkrete Wohnheimprojekte tatsächlich bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende zu verwirklichen.

Kommunen, baut jetzt!

Bei der DGB-Jugend heißt es: Jetzt kann es losgehen. Ein Beispiel, wie Wohnheimplätze unter kommunaler Federführung erfolgreich entstehen können, zeigen die Landeshauptstadt München, der Kreisjugendring München-Stadt und die DGB-Jugend München mit der Gründung des Azubiwerks München, das seit Ende 2022 schon knapp 400 Wohnheimplätze vermieten konnte und bis zum Jahr 2026 weitere 600 Appartements bezugsfertig oder im Bau haben wird.

Die neue Förderrichtlinie könne einen deutlichen Impuls geben, in ganz Bayern Wohnheime für Auszubildende zu realisieren und damit einen signifikanten Beitrag zur Entspannung des Wohnungsmarktes für junge Beschäftigte leisten. Gmeiner warnt jedoch auch: »Die bisherigen Fördermittel können und dürfen nur der Anfang für eine großangelegte Wohnraumoffensive sein, durch die Bund, Länder und Kommunen die angespannte Wohnsituation junger Menschen spürbar und nachhaltig verbessern müssen.« Eine Verstetigung sowie ein enormer Ausbau der Förderkulisse sei im Sinne der Auszubildenden und Fachkräfte von morgen dringend geboten. ▀

Weitere Infos: www.azubiwohnen.bayern.de



»Ein guter Anfang, aber...«: DGB-Bezirksjugendsekretärin Anna Gmeiner drängt darauf, die Bauprogramme zu verstetigen

Aktivposten

■ ISIC für ver.di: Die International Student Identity Card (ISIC) ist der weltweit akzeptierte Nachweis des Auszubildenden-, Schüler*innen- und Studierendenstatus. Mit der ISIC bekommt man weltweit mehr als 150.000 Ermäßigungen und Rabatte. Einige Gewerkschaften bieten einen besonderen Service an: Der Ausweis ist ab Ausstellung ein Jahr gültig und für Mitglieder kostenlos. Um alle Vorteile bequem nutzen zu können, braucht man die ISIC-App auf dem Smartphone. So bekommt man Rabatte.



<https://isic.de/de/>

■ »Kritik. Praxis. Utopien.«: Unter diesem Motto findet vom 17. bis 20. Mai 2024 in Erkner bei Berlin die **GEW-Jugendkonferenz** »GEWolution« statt. GEW-Mitglieder, die unter 35 Jahre



alt sind, können sich im Bildungszentrum Erkner auf Workshops, spannende Vorträge und engagierte Diskussionen rund um den Themenkomplex »emanzipatorische Bildung« freuen. In den Workshops wird es auch um die Herausforderungen gehen, die der Einsatz von künstlicher Intelligenz in der betrieblichen Bildung und Weiterbildung mit sich bringt. Daneben werden Techniken und Übungen vermittelt, mit deren Hilfe die eigene Stimme im pädagogischen Alltag entlastet werden kann.

www.gew.de/veranstaltungen/detailseite/revolution-2024

■ Vom 23. bis 26. Mai 2024 veranstalten **DGB- und EGB-Jugend** ihr Europacamp »Power to Union Youth! Gewerkschaftsjugend gegen rechts!« in Markelfingen am Bodensee. Auf dem Programm: Mit den europäischen Kolleg*innen ak-



tuelle Ziele diskutieren, vernetzen, empowern. Tenor: Gute Arbeit gibt es nur mit Europa. Wir überlassen Europa nicht den Faschist*innen!

<https://bw-jugend.dgb.de/markelfingen>

■ »Einfach mega!«, heißt es bei **jungeNGG**: 96 Stunden haben die Beschäftigten bei der Lidl-Tochter MEG (Mitteldeutsche Erfrischungsgetränke) in Leißling gestreikt. Die Beschäftigten in Sachsen-Anhalt bekommen nicht nur viel weniger Monatsentgelt als ihre Kolleg*innen in den Schwesterbetrieben im Saarland, in Baden-Württemberg und Niedersachsen. Dafür arbeiten sie aber im Jahr 104 Stunden mehr, erhalten weniger Zuschläge, haben weniger freie Tage und weniger Weihnachts- und Urlaubsgeld. Kolleg*innen: Es gab schon weniger Gründe für einen Arbeitskampf!



<https://junge.ngg.net>

Broschüre des Monats

Der DGB steht für eine weltoffene und tolerante Gesellschaft. Vielfalt ist das Fundament für ein solidarisches Miteinander. Nun sind bald Wahlen. Der DGB Bayern warnt vor einem weiteren Rechtsruck und zeigt mit seiner Broschüre auf, dass die AfD für Arbeitnehmer*innen keine wählbare Partei ist: »Wir wollen unsere Kolleg*innen und alle Demokrat*innen argumentativ unterstützen, die gemeinsam mit uns für die Demokratie streiten und sozialer Ausgrenzung, Antisemitismus und Rassismus entschieden entgegengetreten.«

DGB Bayern: #noAfD. Keine Alternative für Beschäftigte – AfD-Positionen unter der Lupe. Zum Download auf <https://bayern.dgb.de/-/UPv>



Kolonialismus: Zwei tansanische Familien begeben sich auf die Suche nach ihren gestohlenen Vorfahren. Ihre Suche führt sie nach Deutschland, wo Zehntausende Schädel und Knochen aus den ehemaligen deutschen Kolonien in Museen gelagert werden.

»Das leere Grab«. D/TZA 2024. Regie: Agnes-Lisa Wegner, Cece Mlay. Kinostart: 23. Mai 2024



Wissen: Das Lieferkettengesetz wird heiß diskutiert. Welche internationalen Richtlinien es gibt, wie es um die Stimme der Beschäftigten und um die unternehmerische Verantwortung steht, dröseln die kompetenten Autor*innen bei der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) auf.

Thomas Haipeter u. a. (Hg.): Soziale Standards in globalen Lieferketten. Zum Download bei der HBS auf <https://t1p.de/it1ab>



Europa: Auf die aktuellen Krisen hat die EU mit einigen Veränderungen reagiert und sieht sich auf dem Weg zum geopolitischen Weltmachtfaktor. Die Autor*innen eines neuen Bandes analysieren, was das für eine progressive Politik bedeutet.

Thomas Sablowski u. a. (Hg.): Europäische Integration in der multiplen Krise. Zukunftsaussichten der Europäischen Union, VSA-Verlag, Hamburg 2024, 176 S., 16,80 Euro



»Einhundertvier«. D 2023. Regie: Jonathan Schörnig. Kinostart: 23. Mai 2024

Seenotrettung: Regisseur Jonathan Schörnig begleitet einen Rettungseinsatz von Mission Lifeline im Mittelmeer aus verschiedenen Perspektiven. Ein Film über die tödlichste Fluchtroute der Welt.

**Seminare Hattingen**

Mit Martin Ströhmeier, Leiter der DGB-Jugendbildung

Von Hyrule nach Vice City. Die Gaming-Szene wird für die Politik immer interessanter. Wir werfen einen kritischen Blick auf die Welt der Video- und Computerspiele. Wir sprechen über theoretische Grundlagen und besuchen die Gamescom.

18. bis 23. August 2024

Aktivierende Ansprache. Du möchtest an der Berufsschule nicht nur in der Klasse, sondern auch auf dem Schulhof Inhalte setzen? Die PDM-Aufbauschulung qualifiziert euch für den Hofstand. Wir lernen Mittel der Gesprächsführung und aktivierende Elemente der Ansprache kennen.

23. bis 25. August 2024

Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de



soli aktuell abonnieren!

Die **Soli aktuell** ist das Monatsmagazin der DGB-Jugend. Die Redaktion berichtet über alles, was in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit passiert. Du findest darin News und Hintergründe zu Themen, die junge Menschen betreffen. Ob globalisierungskritische Bewegungen, Kampagnen gegen Studiengebühren oder gegen Ausländerfeindlichkeit, Jugendcamps, Workshops oder Digitalisierung – die **Soli aktuell** hält dich auf dem Laufenden in Sachen Jugendpolitik.

Wenn ihr die **Soli aktuell** abonnieren möchtet, einfach im Internet auf jugend.dgb.de/soli-aktuell die Bestellmail ausfüllen und absenden. Abo und Versand sind kostenlos.